

**Daniel Sven Smyrek, Internationally Administered Territories - International Protectorates?, An Analysis of Sovereignty over Internationally Administered Territories with Special Reference to the Legal Status of Post-War Kosovo (Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht, Bd. 80), Berlin: Duncker&Humblodt, 2006, ISBN 3-428-11948-7, 260 S., 72,- €.**

Ausgangspunkt der von Prof. Nettesheim betreuten, in englischer Sprache vorgelegten Tübinger Dissertation ist die Feststellung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, daß – obwohl sämtliche Staatsgewalt im Kosovo von der UNMIK und (in bestimmter Hinsicht) von den NATOgeführten KFOR-Truppen ausgeübt wird – „Die Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien“ (SR-Res. 1244 vom 10. Juni 1999, Präambel, Abs. 10 und Annex I, Spiegelstrich 6; Übersetzung N.W.) vollumfänglich gewahrt bleiben.

Der Frage, welchen Inhalt die Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawien unter diesen Umständen noch haben kann, geht *Smyrek* auf gut 200 Seiten nach. Auf eine komprimierte Darstellung der unterschiedlichen völkerrechtlichen Souveränitätstheorien (S. 28-56) folgen neun „historische“ Fallstudien.

Diese Fallstudien (S. 57-171) haben Beispiele internationalisierter Territorien zum Gegenstand, in denen der Völkerbund oder die Vereinten Nationen oder andere Organisationen ein hohes Niveau staatlicher Autorität ausgeübt haben bzw. hätten ausüben sollen. Die Darstellungen – es handelt sich um die Freie Stadt Danzig (1920-1939), das Saargebiet (1920-1935), Letitia (1933-1934), das Freie Gebiet Triest, Jerusalem, West Iran, Namibia/Süd-West-Afrika, Osttimor und Bosnien-Herzegowina – folgen einem einheitlichen Muster: Nach einer Darlegung der geschichtlichen Fakten beschreibt *Smyrek*, wie die Frage des internationalisierten Status in jedem Fall von der völkerrechtlichen Literatur, von Praktikern und Diplomaten bewertet wurde. Dieser Teil des Buches ist trotz der Komprimiertheit eine wahre Fundgrube.

Im anschließenden Teil des Buches (S. 172-237) widmet sich der Autor dem Kosovo

und den Auswirkungen, die die dort geübte Praxis auf das Prinzip der Souveränität hat.

Obwohl die Albaner eine eigene ethnische Gruppe bilden, komme ihnen gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien kein Selbstbestimmungsrecht zu, auf dessen Grundlage sie ein Sezessionsrecht ausüben könnten. Innere Selbstbestimmung im Rahmen einer demokratischen Staatsstruktur sei eine selbstverständliche Forderung (S. 207ff.), erscheine derzeit aber kaum zu verwirklichen. Der Kosovo lehne eine föderale Lösung wie zwischen Serbien und Montenegro ab (S. 213ff.); überdies hat sich letztere inzwischen (am 3. Juni 2006 erklärte sich Montenegro für unabhängig) als nicht tragfähig erwiesen.

Im letzten Abschnitt (S. 217-230) untersucht *Smyrek*, in welchem Verhältnis die internationale Verwaltung von Territorien zum Demokratieprinzip steht. Dabei geht es nicht um die grundsätzliche Fremdbestimmung, die in der internationalen Verwaltung zum Ausdruck kommt, in Einzel-

fällen von der Bevölkerung möglicherweise ausdrücklich begrüßt wird, wenn sie, wie in Osttimor als Durchgangsstadium zur Unabhängigkeit begriffen wird. Dessenungeachtet mangelt es, so legt *Smyrek* dar, internationalen Verwaltungen an demokratischer Legitimation und Kontrolle.

Die Darstellung zeigt, daß das international verwaltete Gebiet eine sinnvolle Handlungsoption der Staatengemeinschaft nach bewaffneten Konflikten und nach Staatszerfall sein kann. Zu Recht weist der Autor auf die zukünftig weiter wachsende Rolle von Regionalorganisationen in diesem Zusammenhang hin. Dabei sei es jedoch notwendig, die Kompetenzen der beteiligten Organisationen und gegebenenfalls des betroffenen Staates klar und eindeutig zu bestimmen und voneinander abzugrenzen.

Mit dieser Studie liegt eine wichtige Arbeit zu einem aktuellen Problem des Völkerrechts vor, der viele Leser zu wünschen sind.

*Norman Weiß*